Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

*Antragsteller*in:* *Juergen Kurz*

Antragstext

Von Zeile 1004 bis 1008 löschen:

~~China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings.~~ Mit der ersten China- Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der

Begründung

Die Aussagen in Zeile 1004-1007 entsprechen nicht den Tatsachen und der von China betriebenen Politik und zeigen in die falsche Richtung. Anstatt China so anzuklagen sollten GRUENE wesentlich staerker auf eine Klimaschutzkooperation mit China setzen. Mit solchen nicht sachgerechten Formulierungen wird das erschwert.
Im Einzelnen:
1. China hat bis heute in keinem Statement behauptet, dass es aus seiner Sicht eine Rivalitaet mit Deutschland sieht. Auch nicht mit Europa. Im Gegenteil, China betont in allen Stellungnahmen, das es an einem partnerschiftlichen Verhaeltnis mit Europa und speziell mit Deutschland grosses Interesse hat. Unter anderem wird dies auch belegt, mit der erst kuerzlich verlaengerten Visafreiheitspolitik. Deutsche Staatsbuerger und viele andere Europaer koennen ohne Visa fuer 4 Wochen China besuchen. Die Rivalitaet wird ausnahmslos seitens Europa und deutscher Politiker betont aber niemals von China.
2. China versucht nach rund 200 Jahren Fremdbestimmung ueber China, mit allen Laendern der Welt ein partnerschaftliches Verhaeltnis zu pflegen. Dabei bemueht es sich auch die Rahmenbedingungen fuer Partner aus dem Bereich der Schwellenlaender in globalen Institutionen zu verbessern. China greift in keiner Form die UN Menschenrechtscharta an und hat in keiner Stellungnahme zum Ausdruck

gebracht diese Charta aendern zu wollen. Allerdings setzt China wie jedes andere Land auch, unterschiedliche Schwerpunkte bei der Entwicklung und hat in den vergangenen 40 Jahren aussergewoehnliches zum Schutz der Menschenrechte geleistet und rund 800 Mio. Menschen aus der Armut in einen moderaten Lebensstandard gefuehrt. Es wehrt sich aber mit allen Mitteln dagegen, von westlichen Politikern fuer einzelne Fehlentwicklungen in seiner Geschichte gebrandmarkt zu werden.

3. China erhoeht in der Taiwanstrasse nicht den militaerischen Druck, sondern macht weiterhin deutlich, dass es konsequent an den 1979 geschlossenen Vertraegen zur Ein China Politik festhaelt. Fuer China ist es seit Anfang der Gruendung der VR China darauf zu bestehen, das Taiwan ein Teil Chinas ist. Angesichts der frisch gemachten Ausserungen des taiwanesischen Praesidenten, der in Taiwan keine parlamentarische Mehrheit mehr hinter sich hat, hat China mit seinen Militaermanoevern noch einmal deutlich gemacht, dass es im Fall des Versuchs einer Abspaltung Taiwans, in der Lage ist, militaerische Massnahmen zu ergreifen. Damit folgt China der seit 1949 vorgegebenen Linie, dass es nur ein China gibt und eine Separation laut chinesischer Verfassung nicht zulaessig ist. Die militaerischen Manoever sind nicht neu, sie werden nur mit modernen Waffen vorgefuehrt.